

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Postämtern erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Zeugnispreis für Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2, U. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 250 / Postfachkonto Dresden Nr. 13 253, Emil Schlegel-Schillingstr. Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme“ Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gefaltete Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Anzeigenzeile anschließend an den dreigezeigten Textteil 1,25 RM. Anzeigenannahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-2, Güterbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt behält sich Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Zeugnispreises

3. Jahrgang

Montag, den 4. April 1927

Nummer 79

Der deutsche Imperialismus stößt vor!

Wie die Telegraphenagentur vor einigen Tagen mitgeteilt wurde, findet am Donnerstag den 7. April, eine Tagung des Ausschusses des Reichstages statt; auf der Tagesordnung der Sitzung steht u. a. die Stellung Deutschlands zum abendlichen Konflikt, Deutschlands Politik in China und Deutschlands Schiedsvertragspolitik. Schon diese angedeutete Tagesordnung zeigt, daß sich die Bürgerliche Regierung nicht, wie die schwebenden weltpolitischen Konflikte auch offiziell als imperialistische Macht einzustellen. Hebet das Programm Stresemanns gibt kein Vertrauen zu dem Arbeiter von Reichstagen in der täglichen Rundschau einige Aufklärung über die Lage u. a. in Bezug auf den Albanienkonflikt:

Man könnte sich sehr wohl die Möglichkeit vorstellen, daß Deutschland im Konflikt der Mächte, wenn auch vorsichtig und zurückhaltend, aber doch aktiv mitwirkt. Das richtige Bild für eine solche Politik wird immer noch das sein, was einst Edward „Politik der Hinterhand“ nannte. Es geht bei jedem europäischen Konflikt um höchste Interessen auch der deutschen Zukunft, die sich nicht mit dem aufeinander so klugen Kat eines neugierigen Beobachters Deutschlands aus allen möglichen oder wahrscheinlichen Risiko-Situationen lösen lassen. Wir dürfen an den Problemen nicht vorbeistreichen, die sich zwischen Deutschland und Italien entwickelt haben und für die sich die Beziehungen in beiden Richtungen Interesse herauszubringen. Was Deutschland in Bezug auf Italiens Albanienplan ganz besonders interessieren dürfte, ist das Problem der Heberverwertung in Italien. Durch den Gang der kolonialen Entwicklung in auch Italien bei der Vereinerung guten Koloniallandes erheblich zu kurz gekommen.

Diese Ausführungen des Stresemann-Organs legen deutlich, daß sich Deutschland im Albanienkonflikt nicht etwa, wie es bisher offiziell hieß, „neutral“ verhält, sondern sich, wie wir vom ersten Augenblick an behauptet haben, ganz eindeutig auf die Seite Italiens gestellt hat. Die immer enger werdende italienisch-deutsche Freundschaft, das heißt die Unterstützung des italienischen Imperialismus durch den neu-deutschen, ist ein herausragendes Merkmal der neuen deutschen Außenpolitik. In dem letzten Wochenbericht eng faßt sich, bedeutet diese italienische Unterstützung Stresemanns mittelbar auch die Stärkung seiner englischen Politik. Solchen Chamberlains Außenpolitik in den letzten Wochen nicht so erfolgreich war, wie es der englische Imperialismus erhofft und auch Stresemann erwartet hat — Chamberlain hat Stresemann nicht die n. Preis bieten können, den er verlangt hat — glaubt Stresemann nunmehr durch ein engeres Zusammengehen mit Mussolini, der von Chamberlain ebenfalls mehr haben möchte, als ihm dieser augenblicklich geben kann und will, die Zukunftspolizei des deutschen Imperialismus zu fördern. Insbesondere sind zwischen Deutschland und Italien Beziehungen darüber vorhanden, daß Deutschland Italiens Balkan-Kaufpläne und seine Kriegsvorbereitungen gegen die Türkei wohlwollend hängen wird, wofür Mussolini sich für die deutschen Kolonialansprüche einzusetzen wird, wofür Mussolini sich für die deutschen Kolonialansprüche einzusetzen wird, wofür Mussolini sich für die deutschen Kolonialansprüche einzusetzen wird.

in „moralischen Risikosituationen“. Weil aber Mussolinis Balkanpläne gleichzeitig dem englischen Balkanplan gegen die Sowjetunion entsprechen, wird die deutsch-italienische Freundschaft zu einem Bestandteil dieses englischen Balkanplans.

Ebenso deutlich zeigt der deutsche Imperialismus seine Kräfte in China. Die maßgebende Regierungspresse Deutschlands billigt vollkommen die englische Kriegspolitik gegen China und unterstützt diese Billigung in den letzten Tagen ganz besonders durch die bereitwillige Verbreitung der bösmühtigen englischen Tendenzschriften aus China, die den einzigen Zweck haben, die Kriegsvorbereitung zu leiten. Stresemanns tägliche Rundschau hat in der Wiedergabe dieser Grausamkeiten an der Spitze.

Hebet das nächste Programm der deutschen imperialistischen Außenpolitik in Bezug auf China äußert sich der Vertrauensmann Stresemanns in dem oben zitierten Artikel:

„Noch mehr als auf dem Balkan ist Deutschland drängen in China genötigt, eine „Politik der Hinterhand“ zu betreiben, das bei einer förmlichen Rückgewinnung der Dinge in China anders als Deutschland sehr wohl ein aktiver und nützlicher Teilnehmer sein kann und sein sollte, in eine sehr wichtige Forderung. Wir sind nur leistungsfähig in eine Periode der Stagnation hineingekommen. Evolution ist auch hier auf dem Marsch und sollte angestrebt werden.“

Diese Ankündigung einer aktiven deutschen Politik in China, deren erster Schritt im Hinblick Deutschlands an das imperialistische Weltkongress-Abkommen über China bestand, wird im bevorstehenden künftigen Ausschuss wahrscheinlich konkretere Formen annehmen. In der heuchlerischen Behauptung deutscher Regierungsstellen, als hätte die Reichsregierung für die Unabhängigkeitsbewegung Chinas „solle Sympathie“, steht die Aufnahme des kommunistischen Antrags im Reichstag, die englischen Kriegsvorbereitungen zu brandmarken, und die Konventionen anzuerkennen, in einem schreienden Gegensatz. Besonders wichtig ist, daran zu erinnern, daß die Vertreter der SPD diesen kommunistischen Antrag in Zwischenrufen als „Mitteltheater und Mitteltheater“ bezeichnet, womit sie zur Genüge dokumentierten, was von ihren Sympathieerklärungen an die Mächte des chinesischen Volkes zu halten sei.

Der neue deutsche Imperialismus sieht auf allen Linien der imperialistischen Weltpolitik im Grunde mit den Weltmächten oder mit bestimmten Gruppen von ihnen aktiv vor. Nach dem Auftreten Stresemanns in und nach Genf kann kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß er bereit ist, Chamberlains imperialistische Pläne für entsprechendes Entgelt zu fördern. Die Solidarität Deutschlands mit Italien im Albanienkonflikt, wofür Mussolini vielleicht unter anderem auch die Aufgabe seines Widerstandes gegen den Anschlag-Dezernat in Aussicht gestellt hat, hat Deutschland bereits in die imperialistische Kriegspolitik hineingerissen. Die Ankündigung schließlich, daß die Reichsregierung in China im Grunde mit England eine aktive Politik zu betreiben beabsichtigt, ist im übrigen der Haltung der in China lebenden deutschen Kapitalisten vollkommen entspricht, zeigt, daß der deutsche Imperialismus nicht nur den Schrei „Krieger mit den letzten Händen“, sondern auch seine „Kriegs-„Politik“ nicht vergessen hat. Auch die deutsche Arbeiterklasse hat sie nicht vergessen!

Das englische Ultimatum

Ein Spiel mit dem europäischen Krieg

Jeder neue Tag läßt die Bedeutung und die Tragweite der Ereignisse in China immer größer und immer gewaltiger erscheinen. Die chinesische Revolution durchlebt jetzt eine ihrer gefährlichsten Phasen. Die Eroberung von Schanghai hat die Imperialisten alarmiert, wie kein Ereignis vorher im kürzlichem Siegeslauf der nationalen Freiheitsbewegung des 100-Mil.-Kriegsvolkes. Die Strafexpeditionen in Kanton und an der Kiangnan waren die unmittelbare Antwort darauf, daß unter der Führung der Kommunisten der chinesische Volk es gemagt hat, die von den räuberischen Profiteuren der Auslandskapitalisten gefasste Kolonialpolitik aus den großen Arbeiterstädten, die die Wundung des Jangtseckuhles beschreiben, zu vertreiben und damit den Sieg der Revolution in Szechuan besiegelt hat. Mit Recht sagt der Oberkommandierende der Nationalarmee Tschangfatschi in einer Unterredung mit den ausländischen Berichtserstatern:

„Die ausländischen Mächte haben die chinesischen Gewässer mit Kriegsschiffen angefüllt und die chinesischen Häfen mit großen Armeen zum Schutze des Lebens und Eigentums der „Ausländer“ überflutet. Dessenungeachtet verlangen sie jetzt Entschädigung für die erlittenen Verluste und erklären, daß die Kräfte der Nationalregierung nicht imstande war, sie zu schützen.“

Und in einer fingen und für die ganze Welt unheimlich deutlich bewahrt zurückhaltenden Weise stellt er fest, daß nicht der Tod einiger Ausländer, die zwischen den revolutionären und gegenrevolutionären Fronten ums Leben kamen, die Interventionen der ausländischen Imperialisten erzwang, daß vielmehr die Angst um den Verlust der Ausbeuterpositionen sie jetzt zum Außerordentlichen treibt. Die zurückhaltende Sprache des chinesischen Armeeführers unterstreicht den Ernst der Situation, die seit den letzten „Strafexpeditionen“ entstanden ist. Die Imperialisten versuchen, die Kantoninger Ereignisse zur Ausdehnung und Vertiefung der imperialistischen Einheitsfront gegen das revolutionäre China auszuwerten. Die englische Regierung führt dabei eine Kampagne und bereitet alles vor, um einen sofortigen Vorkrieg zu lösen. Zwar ist es ihr bis zur Stunde nicht gelungen, die amerikanischen und die japanischen Imperialisten zu diesem sofortigen gemeinsamen Vorkrieg zu bewegen. Aber die Arbeiterklasse darf sich dadurch nicht beruhigen lassen. Zwar läßt die amerikanische Regierung erklären, daß sie nicht daran denkt, sich an der Seite der anderen Mächte gemeinsam jetzt in ein Abenteuer einzulassen, aber die gleiche amerikanische Regierung bearbeitet ganz so wie die englische Regierung Schiff und Schiff in die chinesischen Gewässer, amerikanische Marinegruppen wurden in den verschiedensten Häfen gelandet. Zur Veranschaulichung ist im Augenblick die „Lage nicht geklärt“, das verheißt es schon heute offiziell in der ersten unmittelbaren benachbarten Phase der Intervention mit einzutreten. Zwar läßt die japanische Regierung erklären, daß sie einer Intervention in China nicht freundlich gegenübersteht, aber am gleichen Tage erscheint in den chinesischen Gewässern im Gebiete zwischen Korea und Japan die zweite amerikanische Flotte mit mehreren Schlachtschiffen, zahlreichen Panzerkreuzern und einer ganzen Flotte von kleineren Schiffen und Unterseebooten und behält den Hafen von Amoi, der mitten in den Gebieten liegt, auf denen Japan langjährige Konzessionen erworben möchte. Zwar erklärt Herr Brand in der französischen Kammer, daß er sich glücklich schätze, mitteilen zu können, daß beim Bombardement von Kanton französische Schiffe unbeteiligt waren, aber seit Monaten wird in Frankreich in der Imperialistenpresse darüber diskutiert, wie Frankreich der gefährlichste Staat sei, auf Grund seiner Stellung als solanghin chinesische Macht (Indochina) in China zu „vermitteln“ und ganz offen wird dabei ausgedrückt, keinen Einfluß zu erweitern.

Unter den Imperialisten herrscht Uneinigkeit über die Teilung des Einflusses und des Raubes, und herrscht Uneinigkeit über die Taktik der nächsten zu unternehmenden Schritte. Selbst die Vorkriegskonferenz in Peking betrieblich in ihren Beschlüssen nicht vollkommen die englische Ugebild, sofort mit Einfluß aller vorhandenen Kräfte die Front der Kantontamer aufzurollen, die wichtigsten Städte am Jangtseckuhle und an der Küste von Kanton bis über Kanton hinaus exemplarisch durch Treibbootgeleitschiffe einzuschließen und wie bisher stets nach den Strafexpeditionen die geraubten und Millionen Kontributionen dem ausgebluteten und ausgeplünderten chinesischen Volk aufzubringen. Aber nur diese Uneinigkeit und die taktische Differenz über den Zeitpunkt des Eingreifens verhindert bis jetzt das Vordringen der imperialistischen Einheitsfront. Stärker als die Differenzen sind die gemeinsamen Interessen gegen die weitere Ausbreitung der chinesischen Revolution und gegen die weitere Entwicklung dieses ungedeuteten Ereignisses in der Richtung auf die proletarische Revolution.

Deshalb sind die Nachrichten über die letzten Beschlüsse des englischen Kabinettsrats, die Nachrichten über das bevorstehende Ultimatum, da es nicht nur Schadenersatforderungen, sondern auch Bestrafung kantonischer Militärbehörden und die Kündigung des Kantoner Vergleichs enthalten soll, so überaus ernst. Es kann kein Zweifel mehr bestehen, daß England im Augenblick es für gekommen hält, sofort loszuschlagen und in den daraus entstehenden Entwicklungen nicht mit Unrecht auf die Unterstützung der anderen Imperialisten rechnen, auch wenn sie

Faschistische Provokationen in Leipzig

Die Pressefreiheit fordert das Verbot von Arbeiterkundgebungen

In Leipzig fand am Freitag abend eine nationalsozialistische Versammlung statt, in der der Gauleiter von Sachsen sprach. Die Versammlung war von höchstens 300 Leuten besucht, durch starkes Polizeiaufgebot geschützt. Arbeiter wurden nicht hineingelassen. Als trotzdem Arbeiter verlockt hineingelassen wurden, wurden sie vor dem Lokal von Nationalsozialisten aufgegriffen. Darauf entstand eine wilde Schlägerei. Im Verlaufe dieser wurde ein Polizeiwachmann durch 7 Messerstiche und ein Nationalsozialist durch schwere Kopfverletzung verletzt. Die von den Nationalsozialisten bewerkstelligte Provokation wird von der gesamten bürgerlichen Presse zu einer wilden Hetze gegen die Kommunisten benutzt und auf Grund des Vorgehens des Sozialdemokraten und Volkspräsidenten Reichners, der bereits ein Verbot der Demonstration des KAPB erlassen hat, ein Generalverbot von Arbeiterdemonstrationen gefordert. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen.

Der sozialdemokratische Volkspräsident Reichner erwiderte, daß die Forderungen der Bürgerlichen gegenüber immer sehr entgegenkommend. Die Kundgebungen des KAPB hat dieser Volkspräsident schon verboten. Das Verbot gilt nicht dem Nationalmarkt des revolutionären Proletariats. Die Kundgebung hat im Landtag eine Interpellation eingebracht, die die Aufhebung des Verbots verlangt. Jeder Arbeiter muß diese Forderung unterstützen.

Mitteldeutsches Notes Treffen

Die Note Front marschiert
Magdeburg, 4. April. (Eigene Drahtmeldung.)
Das mitteldeutsche Treffen des Notes Frontführerbundes in Magdeburg, das schon am Freitag mit einem Aufmarsch durch die Straßen begann, erreichte am Sonntag seinen Höhepunkt in einer Demonstration mit anschließender Kundgebung, wie sie bisher in der Geschichte der Reformen und Forderungen seit 1918

nach nicht mehr. In drei gewaltigen Demonstrationen marschierten 12—15 000 rote Frontkämpfer auf. Sympathisierende und begeisterte Bevölkerung stand zu beiden Seiten der Straßen, unter ihnen auch zahlreiche Reichsbannertrümmer. Auch in den Demonstrationen selbst marschierten Reichsbannertrümmer, die auf diese Weise ihren Willen bekundeten, sich in die proletarische Einheitsfront einzufügen. Die Reichslisten sagen es vor, daß vor den roten Kantonen der Arbeiter zu verstehen. Die Arbeiterfront war teilweise zu Ehren der Kundgebung rot geflaggt.

Wuchtiger Aufmarsch gegen den Faschismus

Stuttgart, 4. April. (Eigene Drahtmeldung.)
Am Sonntag fand in Stuttgart eine mächtige Kundgebung statt, an der sich über 12 000 rote Frontkämpfer und revolutionäre Arbeiter beteiligten. Die Kundgebung übertraf an Wucht und Teilnehmerzahl alle Kundgebungen im Vorjahr.

Ausperrungsdrohungen in der Zigarettenindustrie

Berlin, 4. April. (Eig. Drahtmeldung.) In dem Lohnstreik in der Zigarettenindustrie ist von gewerkschaftlicher Seite die Verbindlichkeitsklärung des vor kurzem geschlossenen Schiedsspruchs, der eine Lohnerhöhung von 10 Prozent vorsieht, beantragt worden. Die Zigarettenfabrikanten haben den Schiedsspruch mit der Aussperrungsdrohung beantwortet.

Ausperrung bei Billaer & Voth

Am Sonntagabend, dem 2. April, wurde die gesamte Belegschaft der Firma Billaer und Voth, Dresden, wegen der Schiedsspruchdifferenzen mit den Unternehmern ausgesperrt. In Frage kommen über 700 Arbeiter und Arbeiterinnen.